

Immer mehr externe Spezialisten: Politik befürchtet Verlust von Know-how

Nach IT-Pannen Statt eigenes Personal anzustellen, setze Basel-Stadt auf Fachleute von ausserhalb – mit Millionenkosten und Sicherheitsrisiken. Die GPK warnt zudem vor dem Gang in die Microsoft-Cloud mit sensiblen Daten.

Sebastian Schanzer

Es war eine verunsichernde Nachricht, welche die Basler Bevölkerung vor gut drei Jahren erreichte: Im Januar 2023 drangen Hacker in das System des Erziehungsdepartements (ED) ein, entwendeten teils sensible Daten von Kindern und Lehrpersonen und veröffentlichten diese nach einem Erpressungsversuch im Darknet. Der Angriff war möglich, da veraltete Infrastrukturen während einer Systemmigration genutzt wurden und – trotz früherer dringender Empfehlungen der Finanzkommission – keine Mehrfachauthentifizierung eingeführt worden war.

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats (GPK) forderte im darauffolgenden Jahresbericht, dass die gesamtkantonale IT-Sicherheitsarchitektur gestärkt werden solle. «Dazu sind die diesbezüglichen personellen Ressourcen bei IT BS zu stärken und die entsprechenden Stellen so attraktiv auszustatten, dass genügend in Bezug auf Cybersecurity kompetente Angestellte gewonnen respektive gehalten werden können», hiess es im damaligen Bericht.

Massiver Anstieg an externem Personal

Die IT BS ist die zentrale Informatikdienststelle des Kantons. Ihre Hauptaufgabe liegt darin, die kantonale Verwaltung mit sicheren und zuverlässigen IT-Dienstleistungen zu versorgen. Mit zuverlässiger Regelmässigkeit findet sie seit Jahren Erwähnungen in den Berichten der Geschäftsprüfungskommission.



Nach dem Hackerangriff auf das Erziehungsdepartement forderte die GPK mehr spezialisierte IT-Angestellte in Basel. Symbolfoto: TDG

Die GPK scheint bezüglich ihrer Angestellten auch heute alles andere als zufrieden zu sein mit den Entwicklungen seit dem Hackerangriff. Im gestern veröffentlichten Bericht zum vergangenen Jahr moniert die Kommission einen massiven Anstieg an externem Personal: 172 Spezialistinnen und Spezialisten von extern seien 2025 im Einsatz gewesen – ein

Anstieg um rund 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gewünscht hätte man sich aber mehr direkt vom Kanton angestelltes Fachpersonal insbesondere im operativen Bereich – also jenseits der vielen Spezialprojekte im IT-Bereich –, wo im Berichtsjahr insgesamt 72 Externe arbeiteten.

Über die Gründe für diesen Anstieg kann selbst die GPK bis-

lang nur spekulieren. Will man so möglicherweise die bewilligten Stellenprozente umgehen? Fehlen den regulär Angestellten wegen Überalterung gewisse IT-Kompetenzen? Oder geht es darum, Lohnkosten zu sparen? Offenbar hat die Kommission entsprechende Informationen des Finanzdepartements nicht erhalten. Auch über die genauen Tä-

tigkeiten dieser Externen steht im Bericht kein Wort.

Der Kanton habe ein starres Lohnsystem und IT-Fachkräfte ihren Preis, gab Christophe Halter (FDP) an der Präsentation des GPK-Berichts zu bedenken. Es sei denkbar, dass man über externe Anbieter zu guten Fachleuten komme. Grund zur Sorge bereiten der GPK jedenfalls die damit

verbundenen Risiken für den internen Know-how-Transfer oder mögliche Interessenkonflikte des externen Personals.

Der Kanton könnte sich so auch in eine langfristige Abhängigkeit von externen Anbietern begeben, ergänzte GPK-Präsident Tim Cuénod. Es sei eben besser, wenige sehr gut bezahlte Spezialisten in den eigenen Reihen zu haben – zumal auch die Aufstockung durch externes Personal zu einer Budgetüberschreitung beim Sach- und Betriebsaufwand von 5,3 Millionen Franken geführt hat.

«Stringente Back-up- und Exit-Strategie» gefordert

Die GPK fordert nun, die externen Dienstleistungen bei der Abteilung IT BS zu überprüfen, um die wachsende Abhängigkeit von externen Anbietern im operativen Betrieb zu reduzieren.

Eine drohende Abhängigkeit und Sicherheitsmängel befürchtet die GPK derweil auch beim Gang der Basler Verwaltung in die Microsoft-365-Cloud. Die Basler Datenschutzbeauftragte präzisierte gegenüber der GPK ihre diesbezügliche Kritik, die sie bereits im April 2025 nach dem Regierungsratsentscheid geäussert hatte. Problematisch sei aus ihrer Perspektive, wenn besondere Personendaten – unter anderem Steuer- und Gesundheitsdaten – in einer US-amerikanischen Cloud gespeichert würden. Die GPK fordert deshalb dringend eine «stringente Back-up- und Exit-Strategie», um zu verhindern, dass der Kanton in eine irreversible Abhängigkeit von Microsoft gerate.